



# **In eine gemeinsame Zukunft investieren!**

Eine Positionierung der Caritas zur Botschaft  
über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016

# Solidarität mit den Ärmsten

**In Kürze:** Im Bewusstsein um den eigenen Wohlstand zeigt die Schweiz sich solidarisch mit jenen Menschen, die in Armut leben, die zu Opfern von Gewaltkonflikten und Katastrophen werden, die an den Errungenschaften der Globalisierung nicht teilhaben. Fünf Promille des Bruttonationaleinkommens für internationale Zusammenarbeit einzusetzen, dies muss dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Die Botschaft des Bundesrates, die dieses Jahr im Parlament zur Abstimmung kommt, zeigt auf, wie die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 aussehen soll. Sie steht in langer Tradition humanitären und solidarischen Handelns und ist auf globale Herausforderungen wie Armutsbekämpfung oder Schutz der globalen öffentlichen Güter fokussiert, sie verfolgt die richtigen Schwerpunkte, setzt ihre Mittel effizient und effektiv ein, arbeitet partnerschaftlich und wirkungsorientiert.

Die Eidgenössischen Räte sollen der Botschaft ohne Abstriche zustimmen. Diese darf nicht zum Tummelfeld politischer und wirtschaftlicher Einzelinteressen werden. Caritas formuliert im vorliegenden Positionspapier verschiedene Erwartungen an Parlament und Verwaltung. Sie tut dies aus entwicklungspolitischer Sicht und auf der Grundlage ihrer Erfahrungen in der humanitären Hilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Eidgenössischen Räte stellen im laufenden Jahr die Weichen für die internationale Zusammenarbeit der nächsten vier Jahre. Die Botschaft des Bundesrats zeigt auf, wo die Schwerpunkte gesetzt und wie die beantragten 11,35 Milliarden Franken eingesetzt werden. Grundmotiv ist die Solidarität mit den armen und benachteiligten Menschen im Süden. Dies ist seitens Öffentlichkeit und politischer Mehrheit unbestritten. Wir fordern das Parlament auf, nicht an Stossrichtung und Umfang der internationalen Zusammenarbeit zu rütteln. Politische Machtspiele auf Kosten der ärmsten Menschen sind nicht tolerierbar.

Dieses Jahr beraten die Eidgenössischen Räte die «Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016» (im Folgenden: «Botschaft»). Erstmals werden die vier Kreditlinien der internationalen Zusammenarbeit in eine übergeordnete «Strategie internationale Zusammenarbeit» eingebettet. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, bietet sich doch damit grundsätzlich die Möglichkeit, das Engagement der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit zielgerichtet und kohärent auszugestalten.

Die der Strategie zugrunde liegende Analyse der weltwirtschaftlichen und politischen Verschiebungen, der globalen Krisen und der Armutssituation ist differenziert und treffend. Sie bildet die Grundlage der künftigen Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit. Ausgangspunkt für das Schweizer Engagement sind die drei Grundpfeiler: Verfassungsauftrag, Solidarität und humanitäre Tradition sowie wohlverstandene Eigeninteressen der Schweiz:

- Es geht um die aussenpolitischen Ziele in der Bundesverfassung: Linderung von Not und Armut in der Welt, Achtung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie, friedliches Zusammenleben der Völker, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.
- Es geht um die Solidarität: mit den ärmsten Menschen, den benachteiligten Gruppen, den Leidtragenden der Schattenseiten der Globalisierung, zu deren Gewinnerinnen die Schweiz gehört. Es geht um das humanitäre Handeln der Schweiz zugunsten der Opfer von Armut, Gewalt und Katastrophen, aufbauend auf der Tradition der Genfer Konventionen.

- Es geht um das wohlverstandene Eigeninteresse: Beitragen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen, von deren Auswirkungen auch die Schweiz nicht verschont bleibt: Ernährungssicherung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Klimaerwärmung, globale Sicherheit, weltweite Migration, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, um nur einige zu nennen.

## Globale Herausforderungen

Trotz anhaltendem Wirtschaftswachstum vergrössern sich die Einkommensunterschiede sowohl zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern als auch innerhalb der Staaten. Heute verfügt ein Zehntel der Weltbevölkerung über fast 60 Prozent des weltweiten Einkommens, während sich die arme Hälfte der Menschheit gerade einmal mit sieben Prozent begnügen muss. Auch wenn die Anzahl Menschen in extremer Armut weltweit in den letzten Jahren gesunken ist, leben heute über eine Milliarde Menschen von weniger als 1,25 USD pro Tag, 2,5 Milliarden von weniger als 2 USD pro Tag.

Armut trägt bei zur anhaltenden Hungerkrise. In den ärmsten Ländern geht die Ernährungssicherheit weiter zurück. Die Zahl der chronisch Hungernden verharrt seit Jahren bei über 900 Millionen Menschen, obwohl mehr Nahrungsmittel denn je produziert werden. Der dramatische Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise seit 2007 hat dazu geführt, dass Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten für Menschen, die in extremer Armut leben, unerschwinglich geworden sind.

Der globale ökologische Fussabdruck überschreitet längst die Kapazitäten der Erde: Heute wären eigentlich 1,5 Erden nötig, um langfristig die genutzten Ressourcen liefern und die anfallenden Abfälle sowie Emissionen absorbieren zu können. Ohne massive Beschränkungen des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung sind gravierende Veränderungen in einem absehbaren Zeitraum unausweichlich. Doch 2012 rechnen Experten beispielsweise weltweit mit 32 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen – weit mehr als die jährliche Emissionsgrenze, die mit dem Zwei-Grad-Ziel zur Eindämmung des Klimawandels vereinbar wäre.

**Die internationale Zusammenarbeit darf nicht zum Spielball kurzfristiger und kurzfristiger politischer Anliegen und Manöver werden.**

Die Auswirkungen des Klimawandels wie Dürren, Überschwemmungen, Klimazonen-Veränderung, Wasserhaushalt usw. treffen Entwicklungsländer besonders hart. Die Zahl der Opfer ist extrem hoch, die Gesellschaften werden in ihren Fundamenten erschüttert. Mangels ausreichender Strukturen und finanzieller Mittel haben sie der steigenden Zahl an Katastrophen kaum etwas entgegenzusetzen und können die Auswirkungen nicht oder nur langsam bewältigen. Vielfach können sie auch kleine zusätzliche Katastrophenereignisse nicht abfedern. Dies kann zu einer Spirale negativer Entwicklung führen, die arme, marginalisierte Bevölkerungsgruppen besonders trifft.

## Ziele und Mittel der internationalen Zusammenarbeit

Solche Herausforderungen vor Augen, ist die internationale Zusammenarbeit in ihrer Ausrichtung und in ihren Zielen langfristig angelegt. Sie darf nicht zum Spielball kurzfristiger und kurzfristiger politischer Anliegen und Manöver werden, sonst droht sie, wirkungslos zu bleiben. Die strategischen Hauptziele in der Botschaft spiegeln dies: Krisen, Konflikte und Katastrophen vorbeugen und überwinden; Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen für alle schaffen; nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern; Transition zu demokratischen, marktwirtschaftlichen Systemen unterstützen; entwicklungsfördernde, umweltschonende und sozialverträgliche Globalisierung mitgestalten.

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz macht sich dabei die verschiedenen vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen zunutze. Wohl setzt sie mehrheitlich eigene Programme um, doch parallel dazu hält sie an der bewährten langjährigen

Kooperation mit Akteuren der Schweizer Zivilgesellschaft fest und sucht vermehrt die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Die Schweiz verfolgt mehrheitlich den Weg der bilateralen Hilfe in direkter Zusammenarbeit mit den Schwerpunktländern und -regionen (60 Prozent der Mittel), engagiert sich aber auch gezielt in multilateralen Strukturen und Institutionen wie der Weltbank, dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP, der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO oder den Regionalbanken (40 Prozent). Caritas unterstützt diese Vielfalt, wenn auch

nicht vorbehaltlos: So geben wir hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen einige weiter unten ausgeführten Überlegungen zu bedenken.

Solidarität mit den ärmsten und besonders krisenbetroffenen Menschen misst sich in der konsequenten Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der internationalen Zusammenarbeit. Sie misst sich aber auch in der Höhe der dafür eingesetzten Mittel.

Mit der Südbotschaft werden vier Rahmenkredite im Umfang von insgesamt 11,35 Milliarden Franken für den Zeitraum 2013 bis 2016 beantragt. Es sind die Kreditlinien Humanitäre Hilfe (18 Prozent der Mittel), Entwicklungszusammenarbeit (61 Prozent), wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (11 Prozent) und Transitionszusammenarbeit (10 Prozent).

Dabei werden die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (APD, Aide Publique au Développement) der Schweiz bis 2015 gemäss Beschluss der Eidgenössischen Räte vom 28. Februar 2011 schrittweise auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht.

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz trägt zur Stabilität der Welt bei, reduziert in ihren Schwerpunktländern die Armut und wirkt sich günstig auf deren wirtschaftliche Situation aus, und sie schafft Voraussetzungen für eine schrittweise Stabilisierung der Märkte. Dies kommt auch der weltweit vernetzten Schweizer Wirtschaft zugute.

Den pro Jahr für die internationale Zusammenarbeit beantragten ca. 2,8 Milliarden Franken stehen Gesamtausfuhren in die Transitions-, Schwellen- und Entwicklungsländer von 51 Milliarden Franken gegenüber (Zahlen für 2010), mit einem Handelsbilanzüberschuss von etwa 25 Milliarden. Die Ausfuhren in die Schwerpunktländer von DEZA und SECO beliefen sich dabei auf etwa 3,3 Milliarden Franken; dazu gehörten SECO-Schwerpunktländer wie Südafrika, Ägypten oder Indonesien, die für die Schweizer Wirtschaft zunehmend wichtiger werden.

Die Schweiz hat international, gerade in Entwicklungsländern, ein durchgezogenes Image, das durch die Banken- und Finanzkrise zusätzlich ramponiert wurde. Denn die Schweiz leistet nicht nur international anerkannte Entwicklungszusammenarbeit und setzt sich nicht nur für Frieden und Menschen-

rechte ein. Sie ist auch das Land, wo Potentaten ihr Geld versteckten, dessen Unternehmen das Patentwesen auf Kosten der Entwicklungsländer ausschlachten, das Rohstoffhandelskonzernen mit Steuervergünstigen attraktive Standorte verschafft und das die Einfuhr von unverarbeiteten Rohstoffen zollfrei gestattet, bei verarbeiteten Produkten aber hohe Zölle verlangt. Das internationale Gesicht der Schweiz ist vielfältig und ambivalent. Umso wichtiger ist es, dass ihre internationale Zusammenarbeit überzeugt – in ihrer Ausrichtung, in ihrer Wirkungsorientierung, im Umfang ihrer finanziellen Mittel.

**Die Schweiz ist auch das Land, wo Potentaten ihr Geld versteckten, dessen Unternehmen das Patentwesen auf Kosten der Entwicklungsländer ausschlachten und das Rohstoffhandelskonzernen mit Steuervergünstigen attraktive Standorte verschafft.**

# Zehn Anliegen von Caritas Schweiz

Caritas unterstützt die Botschaft in ihrer Ausrichtung. Sie fordert die Eidgenössischen Räte auf, keine Abstriche daran vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund beleuchtet Caritas aus entwicklungspolitischer Sicht und auf der Grundlage ihrer Erfahrungen in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzelne Aspekte, formuliert Erwartungen und schlägt Präzisierungen vor.

## 1. Mindestens 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens einsetzen

Die Schweiz peilt eine Erhöhung ihrer Beiträge für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (APD) auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 an, wie sie vom Parlament Anfang 2011 beschlossen wurde. Sie bleibt damit weit entfernt von der 1970 festgelegten UNO-Richtgrösse von 0,7 Prozent, die vor zehn Jahren von der Staatengemeinschaft zur Finanzierung der Millennium-Entwicklungsziele bekräftigt worden war. Die Schweizer Hilfswerke gaben dieser Forderung im Mai 2008 Nachdruck mit ihrer Petition «0,7% – Gemeinsam gegen Armut», welche sie mit 201'679 Unterschriften den Behörden überreichten. Mit den anvisierten 0,5 Prozent wäre die Schweiz zurzeit im vorderen Mittelfeld der OECD-Geberländer: Nur die nordischen Länder, Luxemburg und die Niederlande übertreffen seit Jahren die 0,7-Prozent-Vorgabe der UNO.

**Gerade angesichts der Richtgrösse von 0,7 Prozent darf das Parlament keine Kürzungen vornehmen. Dies wäre angesichts der weltweiten Armut und der globalen Krisen verantwortungslos. Mittelfristig soll die wohlhabende Schweiz sich an der UNO-Vorgabe von 0,7 Prozent ausrichten.**

## 2. Nachhaltige Entwicklung prominent verankern

Die Botschaft legt fest: «Das übergeordnete Ziel der Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz ist eine nachhaltige globale Entwicklung zur Reduktion von Armut und globalen Risiken.» Nachhaltige Entwicklung steht für eine gleichzeitig wirtschaftlich leistungsfähige, sozial verträgliche und umweltschonende Entwicklung.

**Caritas schlägt vor, den Stellenwert der Nachhaltigen Entwicklung in der Botschaft zu verstärken und explizit im «Profil» der internationalen Zusammenarbeit zu verankern. Gleichzeitig erwartet sie, dass die Schweiz auch in internationalen Verhandlungen das umfassende Konzept von nachhaltiger Entwicklung vertritt, so an der UNO-Konferenz «Rio+20» im Juni 2012.**

## 3. Aussenpolitische Kohärenz entwicklungsfördernd ausgestalten

Die Botschaft postuliert möglichst kohärente Aussenbeziehungen hinsichtlich einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Kohärenz in der Aussen- und Entwicklungspolitik ist eine notwendige Rahmenbedingung für eine wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit. Die oben genannten aussenpolitischen Ziele der Bundesverfassung gelten für die internationale Zusammenarbeit, die Friedens- und die Menschenrechtsarbeit. In der Aussenpolitik als Ganzes aber werden sie seit Jahren überlagert vom fünften Verfassungsziel, der Wahrung der Interessen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland.

**Caritas erwartet vom Bundesrat, dass er auch in der Aussenwirtschaftspolitik den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung folgt und damit eine entwicklungsfördernde Kohärenz erreicht. Dies würde die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit deutlich erhöhen.**

## 4. Globalprogramme politisch untermauern

Die Globalprogramme rücken die wichtigsten Herausforderungen ins Zentrum: Klimawandel, Ernährungssicherheit, Wasser, Gesundheit, Migration sowie Finanzen und Handel sind für die heutige Situation mit knapp einer Milliarde hungernder Menschen ohne Entwicklungsperspektiven von zentraler Bedeutung. Doch müssen sie von politischen Bemühungen begleitet sein, die Rahmenbedingungen generell zu verbessern. Rohstoffe aus Entwicklungsländern kommen selten der einheimischen Bevölkerung zu Gute. Spannungen hinsichtlich der Nutzung natürlicher Ressourcen werden zunehmen. Die Ausbeutung mineralischer und fossiler Stoffe ist oft in den Händen weniger multinationaler

ler Konzerne, Grundnahrungsmittel werden zu Futtermitteln und Agrotreibstoffen verarbeitet, Wasser fliesst in die industrielle Landwirtschaft usw.

**Die Schweiz muss sich auf internationale Ebene ohne Wenn und Aber für politische Rahmenbedingungen zugunsten einer gerechten Nutzung von Rohstoffen stark machen. Dem Grundrecht auf Wasser muss dabei ebenso Nachachtung verschafft werden wie dem Primat der Ernährungssicherheit. Dazu braucht es auch politische Massnahmen gegen die ungebremste Nahrungsmittelspekulation oder die weltweite Landaneignung durch Privatunternehmen auch aus der Schweiz («Land Grabbing»).**

## 5. Klimapolitische Massnahmen separat finanzieren

Die internationale Klimapolitik dreht sich um zwei Herausforderungen, (a) um gross angelegte Bemühungen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren und damit die Klimaerwärmung einzudämmen, (b) um Programme zur Anpassung an die Folgen der Klimaerwärmung, gerade in den besonders betroffenen Entwicklungsländern. Es muss klar sein, dass Massnahmen zur Eindämmung der Klimaerwärmung sowie weitere finanzielle Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Klimavereinbarungen nicht mit den Mitteln der internationalen Zusammenarbeit finanziert werden dürfen. Dies gilt zum Beispiel für den an der Klimakonferenz in Durban diskutierten, alle Staaten umfassenden Klimaschutzvertrag, der 2020 in Kraft treten soll.

**Die finanzielle Zuständigkeit muss in den Ausführungen der Botschaft so präzisiert werden, dass die internationale Zusammenarbeit Entwicklungsländer dabei unterstützt, ihr Recht auf Entwicklung möglichst ohne übermässige Belastung von Umwelt und Ressourcen voranzutreiben, die Kosten für klimapolitische Massnahmen hingegen anderweitig zu finanzieren sind.**

## 6. Migration aus entwicklungs-politischer Sicht angehen

Die Hauptgründe von Migration ändern sich nicht: Menschen fliehen vor Armut, Kriegen, Menschenrechtsverletzungen, Wirtschaftskrisen oder Katastrophen. Die Migrationsbewegungen aber sind vielschichtiger und globaler geworden. Es ist daher richtig, Migration in die internationale Zusammenarbeit einzubeziehen. Dies kann auch für Migrationspartnerschaften gelten, sofern sie entwicklungsfreundlich umgesetzt werden. Die internationale Zusammenarbeit kann hier eine wichtige Rolle spielen, wie in der Region Nordafrika. Hingegen hat Asylpolemik in der internationalen Zusammenarbeit nichts zu suchen. Deren Leistungen von der Bereitschaft eines Staates zur Rückübernahme abgewiesener Asylsuchender abhängig zu machen, wie von rechtsbürgerlicher Seite ins Spiel gebracht, ist faktisch unsinnig und politisch verwerflich. Es würde die falschen, nämlich die benachteiligten Menschen treffen.

**Caritas wehrt sich gegen eine ultimative Verknüpfung der internationalen Zusammenarbeit mit der Migration. Die Ausführungen der Botschaft sind in dieser Hinsicht zu präzisieren: Es darf nicht darum gehen, «konkrete Gegenleistungen oder Abkommen» bei der Rückübernahme und Bekämpfung irregulärer Migration anzustreben. Das Globalprogramm Migration muss vielmehr langfristig angelegt sein und den Menschen in den Herkunftsländern Perspektiven vor Ort bieten.**

## 7. Gleichstellung von Frau und Mann vorantreiben

Die Diskriminierung von Frauen ist heute weltweit die am meisten verbreitete Form von Ausgrenzung. Der Abbau der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern trägt wesentlich zu sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung bei. Die Ausführungen zu Gender sind in der Botschaft knapp gehalten, auch wenn zu anerkennen ist, dass das Gender-Thema bei DEZA und SECO ein hohes Gewicht hat.

**Die Festlegung der Gleichstellung von Frau und Mann als Querschnittsthema ist zu begrüessen. Caritas erwartet aber, dass das Thema in der Botschaft stärker gewichtet wird und DEZA und SECO ihre Anstrengungen zum Abbau der Ungleichheiten noch intensivieren.**



## 8. Querschnittsthema Menschenrechte einführen

Die Achtung der Menschenrechte hat einen zentralen Stellenwert in der Aussenpolitik und ist als Ziel in der Bundesverfassung niedergeschrieben. In der Südbotschaft kommen die Menschenrechte wohl zur Sprache, doch in erster Linie als Aspekt der guten Regierungsführung. Menschenrechte gehen aber weit über die politischen Rechte, wie sie in der guten Regierungsführung fokussiert werden, hinaus.

**Wir regen an, die Durchsetzung beziehungsweise Wahrung der Menschenrechte als eigenes Querschnittsthema neben der guten Regierungsführung und der Gleichstellung von Frau und Mann aufzunehmen.**

## 9. Gesellschaftliche Verantwortung vom Privatsektor einfordern

Die Botschaft nennt Zivilgesellschaft und Privatsektor als wichtigste Partner der bilateralen Zusammenarbeit. Während Kooperationen mit Hilfswerken seit Jahrzehnten Bestand haben und systematisch weiterentwickelt wurden, kommen Privatunternehmen erst seit kurzem als Partner zum Einsatz. DEZA und SECO haben als Voraussetzung für die Partnerschaft mit Nichtregierungsorganisationen zahlreiche Qualifikationskriterien und Leistungen festgelegt. Entsprechende Anforderungen an den Privatsektor aber bleiben in der Botschaft äusserst vage. Partnerschaften mit dem Privatsektor können zu Entwicklung beitragen, sofern das Unternehmen einerseits strenge Kriterien hinsichtlich Qualität und Transparenz erfüllt, andererseits und vor allem aber seine Corporate Social Responsibility (CSR) glaubwürdig wahrnimmt, das heisst in seinem Geschäftsmodell der Armutsreduktion und dem Schutz der globalen öffentlichen Güter einen gewichtigen Platz einräumt. Ein genuiner CSR-Beitrag des Privatsektors jedenfalls hätte eine deutlich grössere entwicklungsfördernde Wirkung als die Realisierung einzelner Programme.

**Für Privatunternehmen müssen deshalb Qualifikationskriterien festgelegt werden, wie sie für Hilfswerke gelten. Im Weiteren erwarten wir, dass DEZA und SECO von Unternehmen, die Programmaufträge anstreben, eine überzeugende Corporate Social Responsibility einfordern, das heisst die Ausrichtung des Geschäftsgebarens auf eine soziale und nachhaltige Entwicklung.**

## 10. Zivilgesellschaft in fragilen Staaten stärken

Die Internationale Zusammenarbeit der DEZA will den Fokus verstärkt auf fragile Staaten legen. Mit ihrem spezifischen Wissen hinsichtlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit will die Schweiz hier ein Schwergewicht setzen, da fehlende Verwaltungs- und zivilgesellschaftliche Strukturen einen gewichtigen Armutsfaktor darstellen. Die 20 künftigen Schwerpunktländer und -regionen befinden sich grösstenteils auf der OECD-Liste der ärmsten Länder, die Hälfte sind fragile Staaten.

**Caritas weiss auf Grund ihrer Arbeit in zahlreichen fragilen und konfliktbetroffenen Staaten um die Wichtigkeit funktionierender staatlicher Strukturen und zivilgesellschaftlicher Organisation. Wir begrüssen daher diese Schwerpunktsetzung, erwarten aber, dass in fragilen Staaten zivilgesellschaftliche Organisationen in Ergänzung zum Aufbau der Verwaltungsstrukturen gestärkt werden.**

---

Autor: Geert van Dok, Fachstelle Entwicklungspolitik,  
gvandok@caritas.ch, 041 419 23 95.

Dieses Positionspapier steht unter  
[www.caritas.ch/positionspapiere](http://www.caritas.ch/positionspapiere) zum Download bereit.

**Wir helfen Menschen.**

Löwenstrasse 3  
Postfach  
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22  
Telefax: +41 41 419 24 24  
E-Mail: [caritas@caritas.ch](mailto:caritas@caritas.ch)

Internet: [www.caritas.ch](http://www.caritas.ch)  
Postkonto: 60-7000-4

Qualitätsmanagementsystem  
ISO 9001  
Reg.-Nr.14075

